



MECKLENBURG-VORPOMMERN IN GLOBALER VERANTWORTUNG

Positionspapier des Eine-Welt-Landesnetzwerk M-V zur Landtagswahl 2021

Mecklenburg-Vorpommern ist Teil der globalisierten Welt und trägt Verantwortung für die Auswirkungen seines Handelns in allen Politikfeldern. Maßgebende Ziele für jegliches Regierungshandeln müssen die 2015 von den Vereinten Nationen in der Agenda 2030 festgehaltenen Sustainable Development Goals (SDGs) sein. Insbesondere soll sich M-V verpflichten, umfassend zur Umsetzung der Beschlüsse des Pariser Klima-Abkommens beizutragen.

Diese Ziele sind ohne grundlegende strukturelle Veränderungen in zentralen Lebensbereichen auf allen politischen Ebenen nicht erreichbar. Es braucht mehr als graduelle Anpassungen und einzelne Verbesserungen, damit insbesondere die Menschen im Globalen Süden nicht länger unter den Auswirkungen der Lebensweise des Globalen Nordens leiden. Auch unsere Wirtschaft und unser Lebensstil hier in M-V waren und sind auf vielfältige Weise mit den Lebensverhältnissen anderswo auf der Welt verknüpft. Die Ungleichheiten aus der Zeit des historischen Kolonialismus prägen bis

heute das globale geopolitische Machtgefüge. M-V trägt dazu bei, Konflikte um Land und Ressourcen zu verschärfen, natürliche Lebensgrundlagen zu vernichten und soziale Ungerechtigkeit zu verschärfen. Das müssen wir ändern. Hierfür braucht es ein umfassendes Verständnis von Entwicklungspolitik: Entwicklungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Alle Staaten und Regionen müssen sich zu sozialeren, gerechteren und demokratischeren Gesellschaften entwickeln.

Wir setzen uns für eine sozial-ökologische Transformation ein und wollen ein solidarisches, gerechtes und verantwortungsbewusstes Mecklenburg-Vorpommern. Es soll den Menschen vor Ort ermöglichen, ein für sie gutes Leben zu verwirklichen, ohne Menschen anderswo auf der Welt direkt oder indirekt in ihren Möglichkeiten zu einem selbstbestimmten und guten Leben einzuschränken. Hierfür brauchen wir eine offene Auseinandersetzung mit den bestehenden globalen Machtverhältnissen und Privilegien, an denen auch M-V seinen Anteil hat.

Das Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern vertritt 53 Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich für weltweite Gerechtigkeit und zukunftsfähige Entwicklung einsetzen. Wir erwarten von der nächsten Landesregierung, die folgenden Maßnahmen zeitnah umzusetzen, und werden uns öffentlichkeitswirksam dafür einsetzen, dass dies geschieht.

■ Zukunftsfähige Politik: Unsere Forderungen

Nachhaltigkeitsstrategie auf Basis der Agenda 2030 der UN

Wir fordern, dass die Landesregierung eine Landesnachhaltigkeitsstrategie entwickelt und diese regelmäßig fortschreibt. Basis dafür sind die Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 sowie die Bundesnachhaltigkeitsstrategie. Hierbei soll die Zivilgesellschaft, insbesondere auch migrantische Initiativen, über Dialogforen und ein Begleitgremium bzw. einen Beirat im gesamten Prozess eingebunden werden. Die Nachhaltigkeitsstrategie soll verpflichtende und nachprüfbare Vorgaben für alle relevanten Politikfelder machen, u.a. Landwirtschaft, Bildung und Haushaltsaufstellung.

Klimagerechtigkeit im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen

M-V braucht eine deutlich ambitioniertere Klimapolitik, um seinen Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit zu leisten. Treibhausgasneutralität bis 2038 und die Dekarbonisierung aller Sektoren müssen ressortübergreifende Ziele allen Regierungshandelns sein. Wir fordern die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes bis 2024, das verbindliche Sektorziele und effektive Maßnahmen zur Emissionsreduktion festlegt. Dies soll die Wiedervernässung von jährlich 14.000 ha Mooren einschließen, die Reduktion der Emissionen aus Tierhaltung und Düngung um mind. 40% bis 2030, die Förderung der kohlenstoffbindenden Landwirtschaft (Ökolandbau, Grünlanderhalt, Humusaufbau, Paludikultur etc.), den naturverträglichen Ausbau der Solar- und Windenergie, die Förderung von Energiespar- und Effizienzmaßnahmen sowie eine klimafreundliche und sozialverträgliche Mobilitätsstrategie, die u.a. Maßnahmen für den flächendeckenden Ausbau des ÖPNV festlegt.

Regionalisierte Landwirtschaft in globaler Verantwortung

M-V soll sich dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Landwirt*innen im Einklang mit ihrer globalen Verantwortung wirtschaften können. Dafür braucht es ein neues agrarpolitisches Leitbild. Ökologische und bäuerliche Betriebe sollen gestärkt,

regionale Erzeugungs- und Verarbeitungsstrukturen sowie Vermarktungsmodelle gefördert und der Flächenanteil des Bio-Anbaus auf mindestens 20% bis 2025 erhöht werden. Statt einer exportorientierten industriellen Intensivlandwirtschaft sollen verstärkt regionale Ernährungssysteme etabliert werden. Landwirtschaft muss sich lohnen und umgehend den Anforderungen des Klima-, Gewässer-, Tier- und Biodiversitätsschutzes gerecht werden. Dies beinhaltet u.a. eine Steigerung des Anbaus von regionalen Eiweißpflanzen, um die Abhängigkeit von Soja-Importen zu verringern. Zusätzlich braucht es verbindliche Regelungen für faire Bodenpreise, eine vielfältige Agrarstruktur und die sozial-ökologische Verpachtung öffentlicher Flächen. Darüber hinaus soll es wirksame Maßnahmen für den Biodiversitätsschutz auf mindestens 10% der Agrarfläche geben. Die Wirkstoffmenge chemisch-synthetischer Pestizide ist bis 2025 gegenüber 2020 um mindestens 50% zu reduzieren, ein sofortiges Verbot von Pestiziden in Schutzgebieten umzusetzen und ein umfassendes Programm zur Förderung von Landschaftselementen (Agroforst, Hecken, Feldgehölze etc.) einzurichten. Verbindliche Regelungen sollen eine tierwohlorientierte, extensive und flächengebundene Tierhaltung garantieren.

M-V als Migrationsgesellschaft

Migrationsbewegungen sind etwas zutiefst Menschliches und eine Bereicherung für ein vielfältiges Miteinander. M-V ist eine Migrationsgesellschaft. Migration und Flucht sind häufig die Reaktion auf Armut, dysfunktionale Systeme, den Verlust natürlicher Lebensgrundlagen und Perspektivlosigkeit. Die Landesregierung soll (zirkuläre) Migration als Bestandteil sozialer Transformationsprozesse und Folge selbstbestimmter Entscheidungen von Menschen anerkennen. Ab 2022 soll M-V gemeinsam mit migrantischen Vereinen einen zweijährlich erscheinenden Monitoringbericht erstellen, aus dem hervorgeht, wo Migrant*innen, Geflüchtete und People of Colour strukturell benachteiligt und von wichtigen sie betreffenden Entscheidungen ausgeschlossen sind. Aufbauend darauf soll das Integrationskonzept des Landes bis 2024 um nachprüfbare Indikatoren zur Evaluierung und klar definierte Zuständigkeiten ergänzt sowie finanziell untersetzt werden. Zudem braucht M-V ein Programm zur Aufnahme von Menschen aus den Elendslagern am Rande der EU und eine Erweiterung der Familienzusammenfüh-

MECKLENBURG-VORPOMMERN IN GLOBALER VERANTWORTUNG

Positionspapier des Eine-Welt-Landesnetzwerk M-V zur Landtagswahl 2021

Zukunftsfähige Politik: Unsere Forderungen

rung sowie Projekte zur Betreuung und Begleitung von Illegalisierten und papierlosen Menschen. Das Land soll Migrant*innen aus Nicht-EU-Staaten für Kommunal- und Landtagswahlen das aktive und passive Wahlrecht ermöglichen.

Antirassismus als Menschenrechtsarbeit

M-V soll bis 2023 in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft einen Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung von strukturellem Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorlegen. Dieser Aktionsplan soll die Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle festlegen, Qualifizierungen gegenüber Alltagsrassismus für Institutionen vorsehen, entsprechende Bildungsprogramme fördern sowie Richtlinien zur interkulturellen Öffnung in den Institutionen des Landes formulieren. M-V soll sich gegen die Kriminalisierung von Menschenrechtsarbeit einsetzen und sich dafür stark machen, den Einsatz gegen Rassismus als gemeinnützig anzuerkennen. Jederzeit sollen sich die Institutionen des Landes klar gegen Gruppen positionieren, die unter dem Deckmantel gesellschaftlichen Engagements menschenverachtendes Gedankengut verbreiten. M-V soll eine selbstbestimmte und dezentrale Unterbringung für asylsuchende und geduldete Menschen garantieren und sich nicht am Aufbau der Abschiebehafteinrichtung in Glückstadt beteiligen. Außerdem muss das Land die Aufnahmearrichtlinie der EU umsetzen und besonders Schutzbedürftige gezielt ermitteln.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) im globalen Kontext

M-V soll die Agenda 2030 der UN sowie das Weltaktionsprogramm Bildung für Nachhaltige Entwicklung als maßgebliches Leitprinzip für den Bildungssektor festlegen. Dies soll die Umsetzung des Orientierungsrahmens Globaler Entwicklung, eine Verankerung von BNE in der Lehrer*innenbildung sowie die Integration des whole school approach in die Schulentwicklung umfassen. Zur langfristigen Einbindung von BNE mit dem Bereich Globales Lernen in den gesamten Bildungssektor von der frühkindlichen Bildung bis zur Seniorenakademie soll M-V eine verlässliche Grundförderung von außerschulischen und gerade auch von migrantischen Bildungsträgern und Bildungseinrichtungen sicherstellen und diesen Bereich dauerhaft auskömmlich ausstatten. Zudem soll am Zukunftsreferat der Staatskanzlei eine Landeskoordination BNE geschaffen werden.

Zentrale Rolle der öffentlichen Hand für eine sozial verantwortliche, faire und ökologische Beschaffung

Die öffentliche Hand soll Vorbild für nachhaltige Beschaffung sein und diese durch die Schaffung von Rechtssicherheit und Beratungsangeboten aktiv vorantreiben. Bis Ende 2023 sollen soziale und ökologische Kriterien verbindlich im Vergaberecht des Landes verankert sein. Bei besonders sensiblen Warengruppen wie Natursteinen, Textilien (u.a. Flachwäsche), Bekleidung, Teppichen, landwirtschaftlichen Produkten (u.a. Kaffee, Tee, Blumen), IT, Holzprodukten und Sportartikeln (u.a. Bälle) sollen vergaberechtskonforme Gütezeichen vorgeschrieben werden. Produkte aus Fairem Handel sind zu bevorzugen. Eine Servicestelle des Landes soll die Kompetenzen in dem Bereich ab Ende 2023 bündeln sowie Zielmarken und Stufenpläne erstellen. Dazu sollen Pilotprojekte bei Landesbehörden gestartet werden. Alle 2 Jahre soll ein Bericht erstellt werden, alle 5 Jahre eine Evaluation erfolgen.

Zivilgesellschaftliches Engagement für die Eine-Welt-Arbeit stärken

Es gibt ein breites zivilgesellschaftliches Engagement für die Eine-Welt-Arbeit in M-V. Rund 80 Vereine, Schulen und Kommunen aus M-V haben Partnerschaften im Globalen Süden, jedes Jahr beteiligen sich 50 bis 60 Gruppen und Vereine an der landesweiten entwicklungspolitischen Veranstaltungsreihe Weltwechsel und in vielen Städten gibt es ehrenamtlich getragene Weltläden. Das zivilgesellschaftliche Engagement soll anerkannt und finanziell aufgewertet werden. Hierfür sollen die Mittel für das Eine-Welt-Promotor*innenprogramm ab 2022 fest im Landeshaushalt verankert und Programme zur Förderung von Vereinen und Verbänden dauerhaft auskömmlich ausgestattet werden. Das Land M-V soll sich beim Bund dafür einsetzen, dass die Gemeinnützigkeit für Vereine rechtssicher gestaltet wird und die veraltete Abgabenordnung um Themen wie Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, globale Solidarität und Inklusion erweitert wird.